



## **Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

## **Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 25.08.2011**

Das Protokoll vom 25.08.2011 wird einstimmig bestätigt.

Das Protokoll vom 31.08.2011 wird mehrheitlich bestätigt.

## **Zu TOP 4 Antrag der Fürstenwalder Aus- und Weiterbildungsgesellschaft zur Aufnahme des Hortes der Montessori-Grundschule in Hangelsberg in den Bedarfsplan für die Kindertagesbetreuung im Landkreis Oder-Spree Vorlage: 036/2011**

Zu TOP 4-6 erläutert Frau Krüger kurz das Prüfverfahren.

Die bisherigen Kriterien der Prüfung sind durch die Realisierung des Förderauftrages gemäß § 3 KitaG sowie des § 22, 22a und 23 SGB VIII ergänzt worden, in dem es um die qualitative Ausgestaltung der Kindertagesbetreuung geht, die auch Schwerpunkt der Fortschreibung des Bedarfsplanes im LOS ist.

Daher wurden Kriterien wie:

- ✓ Beschreibung der inhaltlichen Zielsetzung der Einrichtung in einer pädagogischen Konzeption zur Umsetzung der Ziele und Aufgaben des § 3 KitaG ,
- ✓ das Vorhandensein eines qualifizierten Leitungskonzeptes in Umsetzung der Zielsetzung sowie einer langfristigen Fortbildungsplanung von mindestens 2 Jahren,
- ✓ die Regelung der Überprüfung zur Qualität der pädagogischen Arbeit in der Einrichtung

aufgenommen, die neben der Erreichbarkeit, dem Wunsch- und Wahlrecht und der tatsächlichen Inanspruchnahme von Plätzen zu überprüfen waren.

- Bei allen drei Anträgen ist der überwiegende Teil der Kriterien (8 von 11) erfüllt worden.
- Reserven sieht die Verwaltung des Jugendamtes noch im qualitativen Bereich, insbesondere
  - ✓ in der Ausgestaltung des Leitungskonzeptes,
  - ✓ in der langfristigen Fortbildungsplanung, die an der Umsetzung des Förderauftrages und der pädagogischen Konzeption orientiert,

- ✓ in der einrichtungsspezifischen Ausgestaltung der Grundsätze der elementaren Bildung im pädagogischen Konzept, die über eine bloße Aufzählung hinaus gehen muss.
  - ✓ In allen drei Einrichtungen ist die Überprüfung der Qualität der pädagogischen Arbeit geregelt. Sie befinden sich in externen Überprüfungsverfahren, die jedoch noch nicht abgeschlossen sind. Die Ergebnisse werden dem Jugendamt zu gegebenen Zeitpunkt vorgelegt.
- Daher wurden den Trägern individuell entsprechende Auflagen erteilt, diese qualitativen Anforderungen innerhalb einer vorgegebenen Frist zu erfüllen.
  - Praxisberatung steht mit den Trägern hierzu im Gespräch, überprüft somit die Umsetzung der Auflagen.
  - Die Kontrolle der Aufgabenerfüllung obliegt der Verwaltung des Jugendamtes.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die Aufnahme des Hortes der Montessori-Grundschule in Hangelsberg in den Bedarfsplan für die Kindertagesbetreuung des Landkreises zum 01.01.2012

*einstimmig zugestimmt*

**Zu TOP 5      Antrag des Vereins Initiative Christliche Kita Grünheide zur Aufnahme der Kindertagesstätte "Regenbogenhaus" in Grünheide in den Bedarfsplan für die Kindertagesbetreuung im Landkreis Oder-Spree  
Vorlage: 037/2011**

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die Aufnahme der Kindertagesstätte „Regenbogenhaus“ in Grünheide in den Bedarfsplan für die Kindertagesbetreuung des Landkreises zum 01.01.2012

*einstimmig zugestimmt*

**Zu TOP 6      Antrag des Trägers Ulrike Scholz Unternehmergeellschaft zur Aufnahme der Kindertagesstätte "Wald- und Wiesenhopser" in den Bedarfsplan für die Kindertagesbetreuung im Landkreis Oder-Spree  
Vorlage: 038/2011**

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die Aufnahme der Kindertagesstätte „Wald- und Wiesenhopser“ in Bad Saarow in den Bedarfsplan für die Kindertagesbetreuung des Landkreises zum 01.01.2012

**einstimmig zugestimmt**

**Zu TOP 7      Änderung der Richtlinie des Landkreises Oder-Spree zur Gewährung wirtschaftlicher Leistungen nach dem SGB VIII  
Vorlage: 031/2011**

Herr Riecke erläutert die wesentlichen Änderungen der Richtlinie des Landkreises Oder – Spree über die Gewährung wirtschaftlicher Leistungen nach dem SGB VIII vom 01.01.2007 und beantwortet die Fragen der Mitglieder des JHA.

Frau Baum:

S. 9, Punkt 3.7. und S. 10, Punkt 3.9. „Sind die Zuschusshöhen für den Erwerb eines Führerscheines und eines Fahrrades angemessen?“

Herr Riecke:

„Es handelt sich hier um einen Zuschuss, da die Jugendlichen dazu angehalten werden sollen, selbst einen Teil anzusparen. Die Verwaltung hat sich an den Sätzen anderer Landkreise orientiert.“

Frau Baum:

S.2, Nr.2 zweiter Absatz. „Sind die Aufwendungen für eine Unfallversicherung und eine Alterssicherung angemessen?“

Herr Riecke:

„Die Höhe der Aufwendungen orientiert sich an den Empfehlungen des Deutschen Vereins (siehe Sachdarstellung in der BV).“

Herr Haupt:

„Sind Rückmeldungen der Pflegefamilien in die Überarbeitung der Richtlinie eingeflossen?“

Herr Riecke:

„Die Mitarbeiter des Pflegekinderwesens des Jugendamtes, die einen Rückfluss aus den Familien haben, sind beteiligt worden.“

Frau Baum:

„Wird allen Kindern in der Schule die Teilnahme an Klassenfahrten ermöglicht und somit die Ausgrenzung einzelner verhindert.“

Frau Dr. Rothe:

„Verweist auf die Verwaltungsvorschriften über schulische Veranstaltungen (VV-Schulfahrten - VVSchulf) vom 31. Juli 1999, zuletzt geändert am 9. Juni 2009 ([ABI. MBJs \[Nr. 5\] S. 162](#))), die Lehrer schon im Zuge der Planung dazu verpflichten unzumutbare Belastungen zu vermeiden, die eine Teilnahme ausschließen würden.“

Auszug aus der VV-Schulfahrten:

**Abschnitt 2  
Planung und Durchführung von Schulfahrten  
7 - Planung und Kosten**

(1) Die Planung einer Schulfahrt erfolgt entsprechend dem Alter und der Reife gemeinsam mit den betroffenen Schülerinnen und Schülern sowie bei Minderjährigen mit deren Eltern. Diese

sind über Ziele, Dauer, finanzielle Belastung und besondere Vorhaben im Sinne von Nummer 8 Abs. 3 zu informieren. Ziel und Dauer sind so zu wählen, dass

- a. für die Betroffenen keine unzumutbaren finanziellen Belastungen entstehen, die einzelne Schülerinnen und Schüler von der Teilnahme ausschließen würden und
- b. Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen teilnehmen können.

Die voraussichtlichen Kosten der Schulfahrt sind mit den Schülerinnen und Schülern, bei Minderjährigen mit deren Eltern, vor dem Abschluss von Verträgen zu erörtern. Es ist Gelegenheit zur geheimen Abstimmung über Ziel, Dauer und Kosten zu geben.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt die Änderung der Richtlinie des Landkreises Oder – Spree über die Gewährung wirtschaftlicher Leistungen nach dem SGB VIII vom 01.01.2007 mit Wirkung ab 01.01.2012

***einstimmig zugestimmt***

### **Zu TOP 8 Information zur Entwicklung des Kinderschutzes im Landkreis Oder-Spree - Berichtszeitraum 1. Halbjahr 2011 Vorlage: 040/2011**

Frau Krüger informiert zum Stand der Umsetzung der Orientierungen des Kinderschutzberichtes im Zusammenwirken mit den Kommunen.

#### ***Fürstenwalde:***

- Die STGR „Kindeswohl“ will bis Ende Dezember einen Maßnahmenplan erarbeiten
- Konkrete Zielstellungen sind bereits formuliert

#### ***Erkner:***

- Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Fachkräften der Jugendhilfe und weiteren Akteuren die mit und für Familien arbeiten, hat
  - ✓ ihre Wahrnehmungen zu den Lebenswelten der Familien beschrieben,
  - ✓ ihre Angebote vorgestellt und
  - ✓ Bedarfe aus eigener Sicht in der Stadt Erkner aufgezeigt.
- Die Ergebnisse werden Anfang November in einer Beratung mit der Stadtverwaltung ausgewertet und konkrete Maßnahmen abgeleitet.

#### ***Eisenhüttenstadt:***

- In der AG nach § 78 SGB VIII sind konkrete Ziele in Umsetzung des Kinderschutzberichtes für den Sozialraum Eisenhüttenstadt formuliert worden.
  - ✓ FK der Jugendhilfe wissen welche Angebote es für Kinder und Jugendliche im SR gibt.
  - ✓ Sie stimmen sich zu Angeboten im SR ab.
  - ✓ Sie bündeln ihre Wahrnehmungen zu Lebenswelten der Familien und wissen um Unterstützungsbedarfe der Familien.
  - ✓ FK kooperieren mit weiteren Akteuren im SR.

Die Fachkräfte der Jugendhilfe (KJA; Kita, Hze; ELKIZ, Beratungsstelle) und des Gesundheitsamtes (Profamilia, Suchtberatung) gehen in einen gemeinsamen Fortbildungs- und Abstimmungsprozess.

### **Grünheide:**

Hier wird ein erster Versuch gestartet, die Wirksamkeit vorhandener Angebote aus Sicht der Eltern sowie aus Sicht der Familien zu prüfen:

Insgesamt machen diese Prozesse, in denen wir uns gemeinsam auf den Weg gemacht haben (Jugendamt und Kommunen), deutlich:

1. Die Sensibilisierung der Kommunen für den präventiven Kinderschutz und Frühe Hilfen für Familien ist gelungen.
2. Das Bekenntnis der Kommunen zur Zusammenarbeit im Kinderschutz wurde immer wieder formuliert.
3. Das Tragen gemeinsamer Verantwortung, das in konkreten abgestimmten Maßnahmen mündet, gestaltet sich in der Praxis vor Ort noch schwierig.
4. Die Koordination und Steuerung von sowie die Abstimmung zu Angeboten vor Ort gibt es bisher nur in Grünheide.
5. Es ist erst in Ansätzen gelungen, abgestimmte passgenaue Angebote und Hilfen vor Ort anzubieten und dabei auch die Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf im Blick zu haben.
6. Die Koordination und Steuerung über die bestehenden Familienbündnisse gestaltet sich bisher schwierig.
7. In den anderen Kommunen geht die Information zu Angeboten über das eigene Angebot des Trägers, über den Neugeborenenbegrüßungsdienst, einen Familienkatalog bzw. Familienatlas und Flyer kaum hinaus.
8. Es ist noch nicht ausreichend gelungen, eine verbindliche Kooperation der Akteure vor Ort weiterzuentwickeln
9. sowie abgestimmte passgenaue Angebote und Hilfen vor Ort anzubieten und dabei auch die Familien mit besonderem Unterstützungsbedarf im Blick zu haben.

In seiner nächsten Sitzung beschäftigt sich der Jugendhilfeausschuss mit den gesetzlich verankerten Anforderungen im Bundeskinderschutz, das voraussichtlich ab 01.01.2012 in Kraft tritt. Er berät die strategische Ausrichtung des Kinderschutzberichtes 2012 auf der Basis

- der in der Statistik aufgezeigten Entwicklungen und Tendenzen
- der Ergebnisse in Umsetzung des Kinderschutzberichtes vor Ort
- sowie der gesetzlichen Anforderungen des Bundeskinderschutzgesetzes.

### **Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag nimmt die Information zur Entwicklung des Kinderschutzes im Landkreis Oder-Spree – Berichtszeitraum 1. Halbjahr 2011 zur Kenntnis

*einstimmig zugestimmt*

**Zu TOP 9      Information der Verwaltung**

**Zu TOP 10     Sonstiges**

Monika Kilian

Vorsitzender des  
Jugendhilfeausschusses

stellv. Vorsitzende des  
Jugendhilfeausschusses

Birgit Krüger

Schriftführer/in